Warnung vor Rassenhass

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

jenigen, die die neue Verfassung ausgearbeitet hätten, welche die wichtigsten Prinzipien der Gerechtigkeit verletzt.» Er erinnerte daran, dass auch das Regime Mussolinis Priester ausgewiesen habe, die sich gegen die faschistische Zensur gewandt hätten. Die Massnahme gegen Michael Traber zeuge von gleichem Geiste. *Red.*

Es geht uns alle an

Gedanken zum Nah-Ost-Konflikt

Der Anschlag auf das El-Al-Passagierflugzeug in Kloten und die Katastrophe von Würenlingen haben uns erschreckend zum Bewusstsein gebracht, dass wir mit den Konflikten der Israeli und der Araber direkt und auf drastische Weise konfrontiert sind.

Es darf forthin keine nur theoretische Frage mehr sein und bleiben, dass wir in der Schweiz am Geschehen in diesem Konflikt im Nahen Osten mitzureden haben.

Wir wollen uns hüten, Partei zu ergreifen für die Forderungen der einen oder anderen Seite.

Stellen wir den Menschen und seine Existenzberechtigung an erste Stelle . . . , das bedingt, dass nicht militärische Macht und Terrorismus ausschlaggebend sein dürfen, für das Recht zu leben.

Hass und Missgunst, «legale» oder «illegale» Kriegsführung, sind Schuldfaktoren und kein Weg zu einem gedeihlichen Neben- und Füreinander in menschlicher Beziehung.

Es sollte doch möglich sein, die altverwurzelten Begriffe und Vorurteile im Osten, wie das Recht des «Erstgeborenen» (das hüben und drüben eine so grosse Rolle spielt) zurückzustellen, um aus ganz neuer Sicht heraus *heute* eine Welt aufzubauen, die gerecht ist und aus Gegnern Partner macht.

Nicht Gewalt soll ausschlaggebend sein, um Besitz zu rechtfertigen.

Gemeinsame Arbeit und Aufbau eines Landes oder der Länder in wirtschaftlich-technischer und kultureller Hinsicht sollte zur Klärung der menschlichen Beziehungen und deren Festigung beitragen. Politische und religiöse Bekenntnisse und Rassenfragen dürfen nicht zur Diskriminierung des Menschen dienen.

Die Möglichkeit einer Verständigung ist gegeben und liegt im Menschen selbst – vorausgesetzt, dass er sich bewusst wird, dass: «Gott da ist, wo etwas grösser ist als Du selbst.» (L. Ragaz)

F. Heim

Warnung vor Rassenhass

Freiburg, 26. Febr. (sda). Der Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, *Mons. François Charrière,* der Präsident des Synodalrates der evangelisch-reformierten Kirchen des Kantons Freiburg, *Fritz Brechbühl,* und der Präsident der israelitischen Gemeinde von Freiburg, *Jean Nordmann,* haben eine

gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin halten sie unter anderem fest, dass sie ausnahmslos alle Anschläge, die unschuldige Opfer fordern können, schärfstens zurückweisen, dass sie aber gleichermassen mit aller Schärfe alle leidenschaftlichen Ausfälle zurückweisen, die zu Verachtung von Personen, von Rassen und von ganzen Völkern führen.

NZZ, 2. März 1970, Nr. 100

Politisches Handeln ist zu Zeiten notwendiger als wissenschaftliche Forschung

Letzten November entschloss sich ein hervorragender Forscher der Harvard-Universität, seine wissenschaftliche Laufbahn aufzugeben, sein Leben dem Kampf um eine menschlichere Gesellschaft zu widmen und politischer Aktivist zu werden. *James Shapiro,* ein Genetiker, den Nobelpreisträger Salvador E. Luria und andere Fachleute seines Wissensgebietes als eine der kommenden «Grössen» der Molekular-Genetik bezeichneten, gab wie «Science» berichtet, nachstehende Gründe für seinen Entschluss:

Shapiro fürchtet, dass die Ergebnisse seiner Forschung von den Individuen, die in der Regierung und den grossen Konzernen über den Einsatz der Wissenschaft bestimmen, zu üblen Zwecken verwendet würden, wie dies mit der Atomenergie geschah.

Er will nichts zu einem Gesellschaftssystem beitragen, unter welchem «das Volk» zur Arbeit der Wissenschafter nichts zu sagen hat.

Shapiro ist der Überzeugung, dass die Probleme, mit denen sich die Nation zunächst befassen muss, d.h. physische und geistige Gesundheit und Sanierung der gefährdeten Umwelt (pollution), dringender auf politischem Wege als durch wissenschaftliche Forschung gelöst werden können.

Zwei politische Unternehmungen

Eine der ersten politischen Unternehmungen Shapiros war die Opposition gegen ein asoziales Projekt der medizinischen Abteilung seiner Universität. Der Plan bestand, zur Vergrösserung der «Medical School», einen Stadtteil von Boston, Roxbury, der von Schwarzen bewohnt wird, abzubrechen und damit 180 Familien ihres Obdaches zu berauben. Die Agitation gegen dieses Projekt, die seit den Unruhen vom letzten April andauert, ging von den Studenten aus und hat seither Erfolg gehabt.

Ein zweites Unternehmen Shapiros ist mehr allgemeiner Natur. Er will die Wissenschafter dazu bringen, dass sie die Verantwortung für die politischen Folgen ihrer Forschung einsehen. Unter heutigen politischen Verhältnissen ist ihnen jede Kontrolle über die Verwendung ihrer Forschungsergebnisse verwehrt. Es liege darum, sagt Shapiro, im eigenen Interesse der Wissenschafter, dass sie mit Nicht-Wissenschaftern zusammenarbeiten und durch politischen Einsatz für eine Neuordnung der Gesellschaft sorgen. Für diese Auffassung tritt Shapiro öffentlich ein, in Fernseh-Interviews, in Vorträgen.